



**One
Health
Now**



© Mario Schmitt

Unser 8-Punkte-Plan

– für eine wirksame und zukunftsfähige One-Health-
Politik der Bundesregierung



**Tierärzte
ohne Grenzen e.V.**

Unser 8-Punkte-Plan



**One
Health
Now**

Seit Jahrhunderten zerstört der Mensch das Ökosystem der Erde. Unter den Auswirkungen leidet vor allem der Globale Süden, doch auch in Mitteleuropa nehmen extreme Wetterphänomene zu und wir spüren die Konsequenzen am eigenen Leib.

Um ein zukünftiges Leben auf diesem Planeten sicherzustellen, müssen die großen unterschiedlichen Themenfelder in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengebracht und -gedacht werden. Wir haben einen 8-Punkte-Plan entwickelt, um das Ziel der Mensch-, Tier und Umweltgesundheit zu erreichen. Dieser Plan versteht sich als Handlungsempfehlung für die Bundespolitik.

Mehr Informationen unter www.onehealthnow.de.



1. Ressortübergreifendes Arbeiten auf allen Ebenen voranbringen

Sowohl auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene als auch auf europäischer Ebene müssen politische Ressorts strategisch besser koordiniert und thematisch miteinander in Verbindung gebracht werden. Die Grundlage des One-Health-Ansatzes ist die Überwindung von kranken Systemen. Die Klimakrise muss in den Griff bekommen und der Agrarsektor umgebaut werden, Umwelt- und Naturschutz müssen als Handlungsmaxime für wirtschaftliches Handeln gelten. One Health beleuchtet die Schnittstellen von menschlicher Gesundheit, Tiergesundheit und Umweltgesundheit.

Diese Schnittstellen müssen sich politisch manifestieren. Eine Kooperation zwischen den Landes- und Bundesministerien und den verschiedenen Verwaltungsebenen ist für den One-Health-Ansatz in der Bundespolitik unabdingbar. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Bundesebene wäre ratsam. Des Weiteren muss sich die neue Bundesregierung auch auf internationaler Ebene einsetzen, Handelspraktiken und globale Wirtschaftsabkommen so, wie sie jetzt existieren, infrage zu stellen. In Zukunft müssen weitreichende Umweltstandards berücksichtigt und ein Fortschritt in sozial gerechten Produktionsweisen erzielt werden. Es ist unabdingbar, einen neuen Fokus zu etablieren und globale Standards einzuführen.

Die COVID-19-Pandemie hat verdeutlicht, dass eine Zusammenarbeit für sämtliche Themenfelder empfehlenswert ist. Darüber hinaus ist die verstärkte Kooperation mit der Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen auf allen Ebenen der Politik empfehlenswert. Sie bieten zum einen sinnvolle Handlungsempfehlungen und sind letzten Endes das ausführende Organ, was die praktische Arbeit betrifft.

Wir unterstützen ausdrücklich das Strategiepapier des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von Januar 2021 „Initiativthema ‚One Health‘ bei der Entwicklungszusammenarbeit“. Auch wenn es nur ein erster Aufschlag ist, ist es ein guter Anfang. Es ist wünschenswert, dass die zukünftige Bundesregierung die Handlungsstrategien und Erkenntnisse in ihre Arbeit mit einfließen lässt und entsprechend weiterentwickelt.

2. Entwicklungszusammenarbeit ganzheitlich und nachhaltig denken

Die Entwicklungszusammenarbeit muss neu ausgerichtet werden. Einseitige Projektförderungen sind wenig sinnvoll, wenn die restliche Umwelt nicht mit einbezogen wird.



Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ein, die die Menschen und Umwelt vor Ort miteinbezieht. In dieser Form von Entwicklungszusammenarbeit müssen mehrere Bedarfe auf einmal gedeckt und vor allem die Menschen vor Ort integriert werden. Bei der Auswahl der Projekte sollte das elementare Wirkungs-dreieck von menschlicher Gesundheit, Tiergesundheit und Umweltgesundheit immer beachtet werden.

3. Zivilgesellschaftliche Organisationen und das Ehrenamt stärken

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit sind handlungsfähige Hilfsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und eine überlebensfähige Vereinsstruktur. Leider hat sich in Deutschland eine Tradition dauerhafter finanzieller Probleme seitens dieser Organisationen etabliert. Die einseitige Förderung kirchlich getragener Organisationen durch den Staat hat dafür gesorgt, dass kleine und mittlere Organisationen ständig ums Überleben kämpfen müssen. Das hat auch für die Entwicklungszusammenarbeit negative Auswirkungen: Deutsche NGOs sind bei der Beantragung von internationalen Fördergeldern beispielsweise kaum vertreten, was mitunter in der geringen finanziellen Ausstattung der jeweiligen Leitungsbüros liegt. Es fehlt an kompetentem Fachpersonal. Die wenigen Mitarbeiter:innen, die eingestellt werden können, sind dauerhaft überlastet. Eine plurale NGO-Landschaft ist allerdings sowohl fürs Inland als auch fürs Ausland unabdingbar und muss erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Damit in Zukunft eine verbesserte und vor allem der Bevölkerung gerecht werdende repräsentative Landschaft zivilgesellschaftlicher Organisationen zielorientiert und wirksam arbeiten kann, muss es auf dieser Ebene dringend zu Veränderungen kommen. Es bedarf gesonderter Förderprogramme und größerer finanzieller Unterstützungsrahmen, damit nicht-kirchliche, mittlere und kleine zivilgesellschaftliche Organisationen einen größeren und besseren Handlungsspielraum erhalten und somit auch einen größeren Beitrag in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit leisten können.

Ein Großteil dieser Arbeit wird nach wie vor durch das Ehrenamt und durch bürgerschaftliches Engagement getragen. Damit das auch in Zukunft so bleibt und das Engagement weiter gefördert wird, muss der Bund unterstützend tätig werden. Hierfür ist sowohl eine offensive Kommunikationskampagne notwendig als auch eine Investition in die Bildungsarbeit.



Denn die Voraussetzung für jegliches Engagement liegt noch immer im Sozialverhalten der Menschen. Deswegen muss freiwilliges Engagement gesellschaftlich und politisch einen größeren Rückhalt finden. Das Mindeste ist, dass freiwilliges Engagement keinen wirtschaftlichen Nachteil mit sich bringt. Instrumente wie Aufwandsentschädigungen, Freistellungen oder eine festgesetzte Pauschalzeit auf den Rentenanspruch sowie andere Formen wertschätzender Anerkennung müssen in einem Sozialstaat eine Grundvoraussetzung sein. Der Einsatz für das Gemeinwohl muss demzufolge oberste Maxime des politischen Handelns sein.

4. Gesundheitsförderung – Politische Voraussetzungen für die Praxis schaffen

Gesundheitspolitik muss wirksamer werden und in der Bevölkerung ankommen. Die Gesundheitskompetenzen müssen gestärkt und eine Chancengleichheit hinsichtlich eines gesunden Lebens für alle erreicht werden. Es bedarf verbesserter Strukturen, besserer Gesundheitsförderung und Prävention. Die Interessen der Vertreter:innen von Gesundheits- und Pflegeberufen haben nicht nur größeren Respekt verdient und sollten zukünftig mehr mit ihren Expertisen berücksichtigt werden, sie haben auch eine höhere Entlohnung verdient. Darüber hinaus dürfen die Bedürfnisse der Patient:innen nicht unter den Tisch fallen. Wir fordern deswegen ein Gesundheitswesen, das sowohl sozial als auch wirksam ist. Die regionale medizinische Infrastruktur muss ausgebaut und verlässlich finanziert werden.

Voraussetzung für die menschliche Gesundheit ist eine gesunde Umwelt. In einer kranken Umgebung kann der Mensch nicht gesund sein. Somit müssen Umweltbedingungen mit in die Rechnung aufgenommen werden.

Für die Globale Gesundheitspolitik gilt es auch auf veterinärmedizinischer Ebene zu investieren. Gesunde Tiere, insbesondere gesunde Nutztiere, sind wesentlich für die menschliche Gesundheit. Der unsachgemäße Einsatz von Antibiotika und damit einhergehende Resistenzen müssen unbedingt beendet werden. Hier wird deutlich, dass das derzeitige Agrar- und Ernährungssystem gesundheitspolitisch tief verwurzelt ist.

5. Umbau der Landwirtschaft

Ungesunde Böden, immer stärker werdender Flächenverbrauch, Grundwasserverunreinigung durch Überdüngung, Artensterben auf den Feldern und auf See, industrielle Tierhaltung und Lebensmittelskandale.



**One
Health
Now**

Das sind nur einige Folgen einer Agrarindustrie, die vor allem auf Profitmaximierung und Produktion ausgerichtet ist.

Wir brauchen einen Umbau der Landwirtschaft. Politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich: Hier müssen alle in die Pflicht genommen werden. Eine Umschichtung von Fördergeldern ist nur ein Anfang: Ökologische Landwirtschaft, Tierwohl und vor allem kleinere und mittlere Strukturen und Bauernhöfe müssen ab sofort gefördert werden. Es wird Zeit, dass sich der Bund auch auf europäischer Ebene dafür einsetzt, und sich nicht länger von den Bauernverbänden und der Pharmaindustrie treiben lässt. Hilfgelder nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen ist nicht nachhaltig und im Endeffekt nur teuer und ineffektiv. Dieses Geld kann besser investiert werden. Eine robuste und klimaresiliente Landwirtschaft ist viel effektiver. Eine klare Lebensmittelkennzeichnung ist verbraucherfreundlich und schafft Klarheit. Woher kommt mein Essen? Durch undurchsichtige Produktionsweisen und Handelswege ist das kaum noch nachvollziehbar. Wir fordern Klarheit ein und ein Bekenntnis zu einer gesunden Ernährungswirtschaft.

Es ist absolut unvermeidbar, endlich vorausschauend zu denken, zu planen und zu handeln. Rückwirkende Problembeseitigungen sind die Konsequenzen der Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte. Irgendwann kann man die Karre nicht mehr aus dem Dreck ziehen. Deswegen brauchen wir jetzt eine Veränderung.

Wir fordern das Ende der Massentierhaltung und das Ende der Förderung von Quantität statt Qualität. Es muss Schluss sein mit dem Motto „Wer am meisten hat, bekommt am meisten“. Kleine Strukturen, kleine Höfe, ländliche Räume und Kreislaufwirtschaft müssen stattdessen gefördert werden. Wir fordern demzufolge auch das Ende des übermäßigen Antibiotika- und Pestizideinsatzes. Wir fordern eine Ernährungspolitik, die auf Gesundheit ausgerichtet, gentechnikfrei und transparent ist.

6. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz großschreiben

Die Eingriffe des Menschen in die Umwelt haben dramatische Konsequenzen und minimieren den natürlichen Lebensraum für viele Tiere, Pflanzen und auch den Menschen selbst. Darüber hinaus sind sie vielfach Treiber für Krankheiten und die Klimakrise. Die Abholzung der Wälder, die zunehmende Verschmutzung der Luft, der Meere, Seen und Flüsse, der anwachsende Flächenverbrauch durch Praktiken der Landwirtschaft und Baupolitik und der ansteigende Verkehr bringen die Erde immer mehr aus dem Gleichgewicht.



Natur und Umwelt sind durch unsere Produktions- und Wirtschaftsformen stark bedroht. Die Kosten, die die Umweltzerstörung verursacht, sind nicht nur lebensbedrohlich, sondern im Endeffekt auch teuer. Naturschutz, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklungsstrategien müssen zusammengedacht werden, damit unsere Lebensgrundlagen geschützt werden. Es gilt nicht nur den Schaden wieder gut zu machen, sondern auch den Lebensraum der Tiere und die Wildnis wachsen zu lassen.

Der Bund muss in dieser Hinsicht auch international endlich Farbe bekennen und sich beispielsweise konsequent gegen die mutwillige Zerstörung des Amazonas-Regenwalds in Brasilien stellen. Der Welthandel muss zukünftig auf entsprechende Kriterien geprüft werden.

7. Umwelt- und Naturschutzstandards als Säule der Wirtschaft etablieren

Unser Wirtschaftssystem, so wie es jetzt existiert, ist nicht zukunftsfähig. Das Produktionsverhalten wie auch Konsumverhalten müssen sich ebenfalls verändern. Dass der Wohlstand des Globalen Westens einerseits zulasten des Globalen Südens und andererseits zu Ungunsten der nachfolgenden Generationen geht, ist unverantwortlich, ungerecht und egoistisch. Zurzeit verschwenden wir so viele Ressourcen, dass die Erde auf natürliche Weise schon lange nicht mehr hinterherkommt. Es ist eine Frage der Zeit, bis dieses System kollabiert.

Ein Umbau der Wirtschaft mit ökologischen und ökonomischen Gewinnen ist möglich und muss vorangetrieben werden. Der politische Rahmen für eine sozial gerechte und ökologische und ökonomische Transformation muss dafür besser heute als morgen gesteckt werden. Hierbei ist eine effektive Gesprächskultur mit den Betroffenen, den Unternehmen, Partnerländern, aber auch den Gewerkschaften, den Bürger:innen vor Ort, entsprechenden NGOs und den Natur- und Umweltverbänden wichtig.

Es muss vor allem in Forschung und Technik investiert werden, damit bei den energieintensiven Unternehmen der Grundstoffindustrien eine effektive Transformation stattfinden kann. Grundsätzlich muss das gesamte Wirtschaftssystem eine klimaneutrale Basis erhalten. Eine Mammutaufgabe, die mit großen Investitionssummen und Innovationen bewältigt werden kann.

Darüber hinaus ist es ein logischer Schritt, die Partnerländer und Handelspartner mit ins Boot zu holen. Die bestehenden Abkommen und Verträge müssen auf ihre Umweltwirkung und Klimaneutralität geprüft und neu ausgerichtet werden. Sozialverträgliches Wirtschaften muss ebenso in diese Rechnung mit einfließen.



**One
Health
Now**

8. Forschung und Bildungsmöglichkeiten

Forschung und Wissenschaft müssen auch auf politischer Seite einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Es muss deutlich mehr in den Bildungsstandort Deutschland investiert werden als in den vergangenen Jahren und Bildung sollte für alle Menschen zugänglich sein.

Allein für den notwendigen Umbau der Wirtschaft und des Gesundheitssektors bedarf es zusätzlicher Forschungsanstrengungen und -einrichtungen. Ohne finanzielle Grundlagen wird das nicht möglich sein. Speziell für den One-Health-Ansatz gilt es Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Daraus heraus können beispielsweise Aufklärungskampagnen für sozio-kulturell angemessene Behaviour-Change-Strategien im Kontext von One Health entwickelt werden.

Grundsätzlich muss ein verbessertes Verständnis von Tier-Reservoirs und zoonotischen Übertragungswegen gefördert werden. Außerdem bedarf es verbesserter Diagnostik und Präventionsmethoden im Bereich der Zoonosen. Die Vermeidung erneuter Pandemien ist nicht nur für die gesellschaftliche Gesundheit wichtig.

In diesem Zusammenhang fordern wir zur verbesserten Überwachung epidemiologischer Entwicklungen eine intersektorale Datenbank für Infektionskrankheiten von Menschen und Tieren. Für die internationale Zusammenarbeit wäre das ein großer Fortschritt, der die Planung sowie die koordinierte Krankheitsbekämpfung erleichtern könnte.



Tierärzte ohne Grenzen e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Marienstraße 19-20
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 3642 881 12
Fax: +49 (0)30 3642 881 49
E-Mail: info@toge.de
www.toge.de



DAHW Deutsche Lepra- und
Tuberkulosehilfe e.V.
Raiffeisenstraße 3
D-97080 Würzburg
Tel.: +49 (0)931 7948 0
Fax: +49 (0)931 7948 160
E-Mail: info@dahw.de
www.dahw.de